



Die Stadtverordnetenversammlung
- Ausschuss für Frauen, Gleichstellung
und Sicherheit -

Tagesordnung I Punkt 4 der öffentlichen Sitzung am 2. Mai 2023

Vorlagen-Nr. 23-F-63-0066

Gewährleistung von selbstbestimmter Empfängnisverhütung durch einen Verhütungsmittelfonds - Antrag der Fraktionen Bündnis 90/Die Grünen, SPD, Die Linke und Volt vom 26.04.2023 -

Der Zugang zu sicheren und wirkungsvollen Verhütungsmitteln ist elementar bei einer freien Entscheidung im Rahmen der Familienplanung. Die Weltgesundheitsorganisation fordert, finanzielle Barrieren abzuschaffen und Verhütungsmittel für benachteiligte Bevölkerungsgruppen, darunter auch Geringverdiener*innen, erschwinglich zu machen (WHO, Ensuring human rights in the provision of contraceptive information and services, 2014, S. 16).

Selbstbestimmte Familienplanung ist ein Menschenrecht.

Wenn Verhütung eine Frage des Geldes wird, trifft das vor allem Frauen*, denn immer noch wird ihnen die Hauptverantwortung für Verhütung zugesprochen. Mehrere Studien zeigen, dass für finanziell schlechter gestellte Frauen* in Deutschland die selbstbestimmte Wahl einer individuell passenden und sicheren Verhütung erschwert ist. So ergab die von der Bundeszentrale für gesundheitliche Aufklärung in Auftrag gegebene Studie, "Familienplanung in Hessen - Sonderauswertung von frauen leben 3 - Familienplanung im Lebenslauf von Frauen", dass 37,3% der Frauen, die zum Befragungszeitpunkt staatliche Unterstützungsleistungen bezogen haben, schon einmal aus Kostengründen auf die Pille oder die Spirale verzichtet haben. Bei Frauen, die ihre aktuelle finanzielle Lage als (sehr) gut beurteilen, liegt der Anteil hingegen nur bei 5,2 %. Damit haben finanziell schlechter gestellte Frauen ein erhöhtes Risiko einer ungewollten Schwangerschaft. In der Studie wird im Kapitel zum Verhütungsverhalten geschlussfolgert: "Programme zur kostenfreien Abgabe von Verhütungsmitteln sind damit eine wichtige Maßnahme, sowohl um einen Zugang zur Verhütung der Wahl zu ermöglichen als auch im Zusammenhang mit der Prävention unbeabsichtigter bzw. ungewollter Schwangerschaften." (S.39)

In der Landeshauptstadt Wiesbaden gibt es bislang keinen Verhütungsmittelfonds. Angelehnt an die Erfahrungen anderer Kommunen, könnte über Beratungsstellen, zum Beispiel von pro familia, ein Antrag auf finanzielle Unterstützung für ärztlich verordnete Verhütungsmittel (beispielsweise das Einsetzen der Spirale, eine Sterilisation, eine Vasektomie) gestellt werden. Bei der Einführung eines Verhütungsmittelfonds kann Wiesbaden von den umliegenden Kommunen, Kreisen und Landkreisen lernen und von den Erfahrungen profitieren. Außerdem sollten die Erfahrungen und Erkenntnisse von Initiativen und Vereinen wie "pro familia" oder "Donum Vitae" bei der Erstellung eines eigenen Konzeptes berücksichtigt werden.

Daher möge der Ausschuss für Frauen, Gleichstellung und Sicherheit beschließen:

Der Magistrat wird gebeten,

- 1) sich über die gemachten Erfahrungen anderer Kommunen (z.B. Gießen, Darmstadt, Frankfurt, Landkreis Hersfeld-Rotenburg, Rheingau-Taunus- Kreis, Marburg und Landkreis

- Marburg-Biedenkopf, Rheingau-Taunus-Kreis, Limburg, Wetteraukreis) mit diesen und den dortigen Akteur*innen auszutauschen, um Erkenntnisse für die LHW zu gewinnen.
- 2) Ein Konzept vorzulegen, welches eine niedrighschwellige Antragstellung zur Unterstützung oder Bezuschussung für Verhütungsmittel aus einem Verhütungsmittelfonds für Bezieher*innen von Leistungen nach SGB II, XII oder AsylbLG sowie Bezieher*innen von BAföG und Berufsausbildungsbeihilfe mit Wohnsitz in Wiesbaden ermöglicht.
 - 3) bis zur Ausschusssitzung im September 2023 neben der Vorstellung des Konzeptes auch gleichzeitig die Kosten für die Einführung und Umsetzung des Verhütungsmittelfonds zu benennen und als weiteren Bedarf zu den HH-Beratungen anzumelden.
-

Beschluss Nr. 0046

- I. Die Ziffer 1 des Antrages ist durch Aussprache erledigt.
- II. Die Ziffer 2 des Antrages wird angenommen.
- III. Die Ziffer 3 des Antrages wird wie folgt beschlossen:

Der Magistrat wird gebeten,

- 3) bis zur Ausschusssitzung im September 2023 neben der Vorstellung des Konzeptes auch die Kosten für die Einführung der Dienstleistung/ Umsetzung des Verhütungsmittelfonds inklusive der Sachmittel zu benennen und diese im Anschluss, sofern der Ausschuss einverstanden ist, als weiteren Bedarf zu den HH-Beratungen anzumelden.

Herrn Stadtverordnetenvorsteher
mit der Bitte um Kenntnisnahme
und weitere Veranlassung

Wiesbaden, 17.05.2023

Mechthilde Coigné
Vorsitzen

Der Stadtverordnetenvorsteher

Wiesbaden, .05.2023

Dem Magistrat
mit der Bitte um Kenntnisnahme
und weitere Veranlassung

Dr. Gerhard Obermayr
Stadtverordnetenvorsteher

Der Magistrat
- 16 -

Wiesbaden, .05.2023

Dezernat VI
mit der Bitte um weitere Veranlassung

Gert-Uwe Mende
Oberbürgermeister